

Allerdings wird sich wohl erst im weiteren Verlauf der Ratsperiode herauskristalisieren, ob diesem Gremium wirklich eine Bedeutung dergestalt beigemessen werden kann, dass auf seitens der Ausländerbehörde zu treffende Einzelfallentscheidungen tatsächlich Einfluss genommen werden konnte, bzw. kann oder ob es sich im Laufe der Zeit als lediglich auf dem Papier existierendes Gremium ohne jegliche Entscheidungsrelevanz entpuppt und letztlich mangels der Möglichkeit tatsächlicher Einflussnahme in der Versenkung verschwindet

Richtig ist insoweit in jedem Fall, dass diese bereits vielfach artikuliert Befürchtung zurzeit schon allein aufgrund mangelnder Erfahrungswerte nicht ausgeräumt werden kann. Allerdings kann andererseits im derzeitigen Stadium naturgemäß auch noch nicht die Hoffnung aufgegeben werden, die von den Betroffenen selbst, sowie diese unterstützende Institutionen und Vereine, die seit vielen Jahren kontinuierlich für die Einrichtung eines solchen Beratungsgremiums geworben haben, gesetzt wird.

Die Hoffnung, dass durch außerhalb der Verwaltung stehende Fachleute und -organisationen zumindest im Hinblick auf einzelne Härtefälle eine tatsächliche Einflussnahme hinsichtlich der Erteilung von perspektivischen und humanen Bleiberechten erfolgen kann, war in der Tat noch nie so greifbar nah..

Der tatsächliche Erfolg des Gremiums hängt dabei natürlich unter anderem auch nicht unerheblich von dem weiteren Interesse und Einsatz für eine kontinuierliche und nachhaltige Weiterentwicklung ab. Trotz einer gewissen Skepsis halten wir derzeit eine grundlegende Verbesserung der Lebensperspektive einzelner Betroffener und deren Familien durch die Einrichtung dieses kommunalen Härtefallgremiums für realistischer denn je.

Sollte der gewünschte Erfolg tatsächlich eintreten, so müsste positiv festgestellt werden, dass dann in Bezug auf diese Thematik - anders als auf Landesebene - auf kommunaler Ebene durch die geänderten Mehrheitsverhältnisse tatsächlich eine deutliche Verbesserung gegenüber der bis zur Kommunalwahl bestehenden Ausgangslage eingetreten ist.



**Demonstration  
der Fraktion  
DIE LINKE. NRW  
gegen Abschiebung  
im Düsseldorfer  
Flughafen**

## **Kontakt zur Partei DIE LINKE. Mönchengladbach**

**Geschäftsstelle  
Hauptstr. 2  
41236 Mönchengladbach**

**Öffnungszeiten  
für Sozial- und Bürgerberatung  
Dienstags - Freitags  
10.00 - 12.00 Uhr  
16.00 - 18.00 Uhr**

Hinweise zu unseren Veranstaltungen sind im Terminkalender unserer Internetseite **[www.die-linke-mg.de](http://www.die-linke-mg.de)**

zu finden oder können unter der unten angegebenen Telefonnummer in unserer Geschäftsstelle erfragt werden.

**Herausgeber dieser Broschüre:**

**DIE LINKE.**

Kreisverband Mönchengladbach

**Vorstand / Impressum / V.i.S.d.P.**

Sabine Cremer  
Hauptstr. 2  
D - 41236 Mönchengladbach  
Telefon: 02161 / 979 22 43  
E-Mail: [buero@die-linke-mg.de](mailto:buero@die-linke-mg.de)

# **DIE LINKE.**

Kreisverband Mönchengladbach

## **Neues Beratungsgremium in Mönchengladbach**



**Zwar kein Richtungswechsel in der  
Abschiebep Praxis auf Landesebene**

**- Aber:**

**Neue Hoffnung für abgelehnte  
AsylbewerberInnen aus  
Mönchengladbach**

September 2010

**original sozial**  
[www.die-linke-mg.de](http://www.die-linke-mg.de)



Die aktuellen Fakten der vergangenen Wochen belegen eindeutig, dass der erhoffte Kurswechsel in der Landespolitik durch den erfolgten Regierungswechsel zumindest im Hinblick auf die Abschiebep Praxis von abgelehnten AsylbewerberInnen leider entgegen aller Erwartungen ausgeblieben ist.

So wurde nicht nur der vor einigen Wochen seitens der Fraktion der Linken im Landtag NRW gestellte Antrag hinsichtlich eines zumindest zeitlich begrenzten Erlasses eines Abschiebestopps für Roma durch die Landesregierung nicht mitgetragen, sondern es fand darüber hinaus insbesondere auch erst am 02.09.2010 wieder eine Sammelabschiebung von ca. 90 abgelehnten AsylbewerberInnen von Düsseldorf aus nach Belgrad statt.

Unter den Abgeschobenen befanden sich hierbei unseren Erkenntnissen zufolge Einzelpersonen, sowie Familien mit Kindern, die zumindest zum Teil seit vielen Jahren in NRW gelebt hatten, bzw. zum Teil sogar in der Bundesrepublik geboren sind. Viele von Ihnen sind Roma.

Aufgrund dieser skandalösen Vorgehensweise drängen sich folgende Fragen auf:

- Wie kann eine Rot-Grüne Landesregierung entgegen ihrer selbst gesteckten und im noch nicht allzu lange zurück liegenden Wahlkampf propagierten politischen Ziele hin zu einer sozial gerechteren, sowie insgesamt humaneren Gesellschaft die inhumane Abschiebepolitik der Vorgängerregierung unverändert weiterführen?
- Mit welcher Begründung kann sie ohne ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren den seitens der Fraktion der Linken im Landtag NRW gestellten Antrag nicht befürworten und unterstützen, obwohl hinlänglich bekannt ist, dass in den kosovarischen Rückkehrslagern nach wie vor unmenschliche, sowie extrem Gesundheitsgefährdende Zustände herrschen und eine Reintegration der Rückkehrer in die dortigen Lebensverhältnisse in den meisten Fällen derzeit auch auf lange Sicht nicht möglich erscheint?

**- Aus unserer Sicht überhaupt nicht! -**

Der seitens der Fraktion der Linken gestellte Antrag hätte daher bei gradliniger Verfolgung des vielfach proklamierten Richtungswechsels nicht nur mitgetragen, sondern vielmehr sogar von der Landesregierung selbst initiiert werden müssen!

Die seitens der Landesregierung für ihr diesbezügliches Handeln vorgebrachte lapidare Begründung, nämlich dass der Erlass eines Abschiebestopps keine nachhaltige Problemlösung darstelle, erscheint daher mehr als fadenscheinig!

Schließlich ging es bei der unlängst erfolgten und zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits in konkreter Planung befindliche Sammelabschiebung wieder einmal um etliche persönliche Einzelschicksale. D. h. mit dem Erlass eines sofortigen Abschiebestopps hätte die am 02.09.2010 erfolgte Sammelabschiebung vermutlich weitestgehend ausgesetzt werden können.

Hinsichtlich der Findung einer langfristigen, sowie nachhaltigen Problemlösung hätte dann die Landesregierung zeitgleich, wie ebenfalls seitens der Fraktion der Linken beantragt, die Bundesregierung zur Gründung einer entsprechenden Initiative auffordern können. Hierdurch hätte die Landesregierung nicht nur ein klares politisches Zeichen setzen können und müssen, sondern es hätten auch bereits zu diesem Zeitpunkt ganz konkret Menschenleben gerettet werden können!

Aufgrund der beschriebenen Vorgehensweise ist wohl auch in naher Zukunft leider nicht damit zu rechnen, dass die allseits in die Rot-Grüne Landesregierung gesetzte Hoffnung eines Richtungsweisen Politikwechsels im Hinblick auf die in NRW bestehende Abschiebep Praxis noch durch diese erfüllt werden könnte.

“In NRW lebende Roma aus dem Kosovo, deren Asylbegehren in der BRD abgelehnt wurde, müssen auch weiterhin damit rechnen, abgeschoben zu werden und damit auch weiterhin auf unabsehbare Zeit um ihr Leben und die Zukunft ihrer Kinder fürchten!”



Nicola Schiemann, stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
DIE LINKE. Mönchengladbach  
nicola.schiemann@die-linke-mg.de

Auch in Mönchengladbach leben einige Romafamilien in ständiger Angst vor Abschiebung, die durch den erfolgten Regierungswechsel auf Landesebene zumindest für kurze Zeit wieder einmal vergebens neue Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Aussichten auf ein menschenwürdiges Leben hatten und sich nun fragen, ob es überhaupt noch Hoffnung gibt.

Anders als in den meisten anderen Städten und Gemeinden in NRW, ist für die in unserer Stadt lebenden konkret von Abschiebung Bedrohten nun zumindest wieder ein kleiner Hoffnungsschimmer am Horizont zu erkennen.

Denn bereits in der konstituierenden Ratssitzung, die im November des vergangenen Jahres statt gefunden hatte, erklärte der Oberbürgermeister als Reaktion auf einen seitens der Fraktion der Linken im Rat der Stadt Mönchengladbach gestellten Antrag, dass er beabsichtige ein kommunales Beratungsgremium einzurichten.

Dieses solle mit VertreterInnen von Verwaltung, Parteien, Kirchen, sowie in der Flüchtlingsarbeit tätigen freien Verbänden und Vereinen unter Beteiligung des Integrationsrates besetzt werden und ähnlich der bestehenden Härtefallkommission auf Landesebene im Hinblick auf konkret von Abschiebung Bedrohte im Einzelfall auf Veranlassung einzelner Betroffener mit beratender Funktion einbezogen werden.

Hierdurch soll die Möglichkeit eröffnet werden, im Einzelfall auch Betroffenen ein Bleiberecht verschaffen zu können, die nach der geltenden Gesetzeslage ein solches nicht ohne Weiteres erlangen können; für die aber dennoch eine Abschiebung eine besondere Härte bedeuten würde.

Nach einer relativ langen Umsetzungsphase ist diesbezüglich nunmehr bereits im Rahmen der vorletzten Ratssitzung im Juli 2010 mit einer überragenden Mehrheit die Einrichtung eines solchen Beratungsgremiums beschlossen und im Rahmen der in der vergangenen Woche statt gefundenen Ratssitzung die Besetzung erfolgt, sowie die Geschäftsordnung festgelegt worden. D. h. einer Aufnahme der satzungsmäßigen Tätigkeit des Gremiums steht nun nichts mehr im Wege.